



EUROPÄISCHER KONVENT
DAS SEKRETARIAT

Brüssel, den 2. April 2003 (04.04)
(OR. de/fr)

CONV 666/03

CONTRIB 297

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

des Sekretariats
für den Konvent

Betr.: Beitrag der Mitglieder des Konvents, Herrn Caspar Einem und Herrn Hannes Farnleitner, und der stellvertretenden Mitglieder des Konvents, Frau Maria Berger, Herrn Reinhard Rack und Herrn Gerhard Tusek,:
"Vorschlag des Präsidiums für das Vorgehen in Bezug auf den EURATOM-Vertrag (CONV 621/03)"

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag der Mitglieder des Konvents, Herrn Caspar Einem und Herrn Hannes Farnleitner, und der stellvertretenden Mitglieder des Konvents, Frau Maria Berger, Herrn Reinhard Rack und Herrn Gerhard Tusek, erhalten.

Beitrag von Maria Berger, Caspar Einem, Hannes Farnleitner, Reinhard Rack, Gerhard Tusek
betreff: Vorschlag des Präsidiums für das Vorgehen in Bezug auf den EURATOM-Vertrag (CONV 621/03)

1. Es ist zu begrüßen, dass nun erstmals das Präsidium Vorschläge zur Behandlung des EURATOM-Vertrags vorlegt.
2. Das Mandat von Laeken umfasst nach unserer Ansicht durchaus den EURATOM-Vertrag, auch wenn es keine spezifischen Fragen stellt. Es ist im Mandat von Laeken von "vier Verträgen" die Rede und die sich für den EURATOM-Vertrag stellenden Fragen sind als bei den allgemeinen Fragen mitgemeint zu betrachten. Hinzuweisen ist auch darauf, dass im Mandat von Laeken auch keine spezifischen Fragen zum EuGH und zur Finanzverfassung gestellt wurden, und das Präsidium richtigerweise dennoch deren Behandlung in das Arbeitsprogramm des Konvents aufgenommen hat.
3. Die Feststellung des Präsidiums im Pkt. 4, dass die vom Konvent ins Auge gefassten materiellrechtlichen Änderungen der Vorschriften sich nur auf die Organe und die Finanzvorschriften der Union beziehen ist unvollständig. Die schriftlich oder mündlich von Konventmitgliedern eingebrachten Beiträge¹ gehen weit darüber hinaus. Sie umfassen ua. den geänderten Stellenwert der Kernenergie, das umfassendere Sicherheitsverständnis, die Notwendigkeit gesetzgebende Akte im Wege des Mitentscheidungsverfahrens zu erlassen, die Anwendbarkeit der allgemeinen EU-Wettbewerbsbestimmungen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt des inzwischen liberalisierten Elektrizitätsmarktes ("level playing field"), die Integration in die allgemein anwendbaren Zielbestimmungen und in allfällige spezifische energie- und umweltbezogene Zielsetzungen des neuen Verfassungsvertrages, die Anpassung der Handlungsformen an den neuen Verfassungsvertrag, die Integration der EURATOM-Forschung in das allgemeine Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung. Der Abschluss von internationalen Abkommen sollte ebenfalls dem generell gültigen Verfahren angepasst werden.

¹ Siehe dazu die vom Präsidium zitierten Beiträge sowie die Beiträge in der Plenardebatte vom 28.2.2003.

4. Wir können der vom Präsidium in Punkt 5 vorgeschlagenen Vorgangsweise zustimmen, dass der EURATOM-Vertrag durch ein dem Verfassungsvertrag zugefügtes Protokoll geändert wird. Dem so geänderten EURATOM-Vertrag sollte dann aber keine primärrechtliche Stellung mehr zukommen.
5. Die durch ein solches Protokoll bestimmten Änderungen müssten allerdings wesentlich weiter gehen als Punkt 6 des Präsidiumsvorschlags vorsieht. Die dort jetzt vorgeschlagenen Änderungen ersetzen lediglich die Bestimmungen über die Organe und die Finanzvorschriften, womit nicht einmal die minimalsten institutionellen Anpassungen erfolgen würden.
- Zusätzlich wären folgende Anpassungen jedenfalls sicherzustellen:
- Gültigkeit der allgemeinen und allfälliger spezifischer Ziele des Verfassungsvertrags auch für die Politiken im Bereich des EURATOM-Vertrags
 - Übernahme der Instrumente der Art. 24 ff.
 - Legislativverfahren des Art. 25 des Verfassungsvertrages ersetzt jenes des Art. 31 EURATOM-Vertrag
 - die im Verfassungsvertrag (Teil I und II) festgelegten Bestimmungen zum Abschluss internationaler Abkommen, zum Haushaltsverfahren und zum Wettbewerbs- und Beihilfenrecht gelten auch für den EURATOM-Vertrag
 - die EURATOM-Forschung wird Bestandteil der allgemeinen Forschungspolitik und der EU-Rahmenprogramme für Forschung und Entwicklung
 - Rechtsgrundlage für eine umfassende Rechtssetzung zum Schutz von Leben, Gesundheit und Umwelt
 - Mittlerweile obsolet gewordene Teile des EURATOM-Vertrages sollten ausdrücklich aufgehoben werden
6. Die vom Präsidium vorgeschlagene Rechtsnachfolge der Europäischen Union und die Auflösung der Rechtspersönlichkeit der EAG